INTERVIEW MIT ERBPRINZ ALOIS VON UND ZU LIECHTENSTEIN

«ICH FÜHLE MICH EHER ALS LIECHTENSTEINER, DENN ALS OBERLÄNDER»

Interview **Patrik Schädler** Bilder **Tatjana Schnalzger/Archiv**

Für Erbprinz Alois sind die Unterschiede zwischen Oberland und Unterland nicht allzu gross. Doch sieht er keinen Grund, an den beiden Wahlkreisen zu rütteln. Mehr Sorgen bereiten ihm die Direktwahlpläne der DpL, welche für ihn ein Risiko für die Stabilität darstellen.

Durchlaucht, fühlen Sie sich eigentlich als Oberländer?
Zwar lebe ich im Oberland, ich fühle mich aber eher als Liechtensteiner denn als Oberländer. Dies hat vielleicht auch damit zu tun, dass meine Familie immer bewusst eine überparteiliche Rolle gesucht hat – auch hinsichtlich der beiden Wahlkreise.

Stellen Sie im Kontakt mit der Bevölkerung wesentliche Unterschiede fest? Oder anders gefragt: Gibt es Unterschiede zwischen einem Ober- oder einem Unterländer?
Meiner Ansicht nach sollte man Unterschiede zwischen Bevölkerungsteilen nicht generalisieren. Die Unterschiede zwischen der Bevölkerung im Oberland und im Unterland sind jedenfalls nicht allzu gross.

Aufgrund des knappen Wahlergebnisses 2021 – die VU lag landesweit nur 42 Parteistimmen vor der FBP – flammte die Diskussion über die Gewichtung der unterschiedlichen Stimmstärke der Wählerinnen und Wähler in den Wahlkreisen Oberland und Unterland auf. Sind für Sie in der heutigen Zeit die beiden Wahlkreise noch sakrosankt?
Die beiden Wahlkreise sind für mich zwar nicht sakrosankt, ich sehe aber auch keinen besonderen Vorteil darin, sie aufzuheben. Eine solche Reform würde viel an politischer Kapazität binden, die wir meiner Ansicht nach woanders besser einsetzen könnten.

Wäre es für Sie ein Verlust, wenn es die Wahlkreise, aber etwa auch die gesetzliche Pflicht, dass zwei Mitglieder der Regierung im Unterland wohnen müssen, nicht mehr gäbe?
Grundsätzlich finde ich es sinnvoll, dass Regierung und Landtag die Bevölkerung einigermassen repräsentieren. Natürlich gibt es aber auch andere Möglichkeiten, dies sicherzustellen.

Die kurze Diskussion von 2021 wurde, wie auch oft bei anderen Themen, nicht zu Ende geführt, sondern ist versandet. Warum wurde dieser Diskurs nicht geführt? Ich könnte mir vorstellen, dass damals auch das Gespräch mit Ihnen gesucht wurde.
Damals konnte ich mich mit den Parteien darüber austauschen. Die Diskussion ist vermutlich wieder versandet, weil dringendere politische Themen in den Vordergrund gerückt sind und eine Verfassungsänderung bei kontroversen Themen politisch schwer realisierbar ist.

Ein anderes Thema, welches in den letzten Jahren immer wieder aufgetaucht ist und nun von der DpL mit einer Verfassungsinitiative einer politischen Entscheidung zugeführt wird, ist die Direktwahl der Regierung durch das Volk. Was halten Sie vom Vorstoss der Oppositionspartei?
Den Vorschlag sehe ich kritisch. Man darf bei solchen grundsätzlichen Änderungen unseres Verfassungsgefüges nicht die Gefahr von möglicherweise problematischen Nebenwirkungen unterschätzen, insbesondere wenn sie die Beziehungen zwischen den höchsten Staatsorganen betreffen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Der Vorschlag könnte dazu führen, dass es viel leichter als heute zu wilden Regierungskandidaturen – insbesondere auch aus den beiden Grossparteien – kommt. Damit einher ginge eine Zersplitterung der Parteienlandschaft, wenn z. B. bekannte Parteipolitiker gegen die Nominationen ihrer eigenen Parteien kandidieren oder Regierungsmitglieder entgegen den traditionellen Mandatsperiodenbeschränkungen ihrer Parteien nochmals eine Mandatsperiode anhängen. Nachdem es in den letzten Jahren bereits bei allen Parteien zu Absplitterungen im Landtag kam, wäre dies eine problematische Entwicklung. Unsere grosse politische Stabilität ist ein wichtiger Standortfaktor, der nicht leichtfertig aufgegeben werden sollte. Wenn ich mir in anderen Staaten die zersplitterten Parteilandschaften mit ständig wechselnden Regierungen anschaue, bin ich überzeugt, dass sich dieses Risiko nicht lohnt.

«EINE ENDGÜLTIGE ENTSCHEIDUNG ÜBER DEN GEBRAUCH EINES VETOS TREFFE ICH IMMER ERST DANN, WENN MIR DER GESETZESTEXT ZUR SANKTION VORLIEGT.»

Bereits im März haben Sie Bedenken zu den Direktwahlplänen der DpL geäussert. Bekanntlich kann keine Verfassungsänderung ohne Ihre Zustimmung in Kraft treten. Würden Sie es in Betracht ziehen, gegebenenfalls der Verfassungsänderung zur Direktwahl der Regierung die Sanktion zu verweigern? Würden Sie von Ihrem Veto Gebrauch machen?
Eine endgültige Entscheidung über den Gebrauch eines Vetos treffe ich immer erst dann, wenn mir der Gesetzestext zu Sanktion vorliegt, weil sich bis dahin noch neue Aspekte ergeben können. Aus jetziger Sicht halte ich aber ein Veto für nicht angebracht, obwohl ich den Vorschlag wegen seines schlechten Risiko-Nutzen-Verhältnisses problematisch finde.

Die Stimmung scheint derzeit auch in Liechtenstein generell systemkritischer zu werden. So bedienen verschiedene neu gegründete Vereine und Gruppierungen in Liechtenstein das Narrativ, dass «die da oben» es nicht können oder wollen und deshalb eine Organisation gegründet werden muss, um ihren Ansichten zum Durchbruch zu verhelfen. Wie nehmen Sie diese Entwicklung wahr?
Die Gesellschaft wird generell individualistischer, nicht nur in Liechtenstein. Früher gab es weniger Vereine, Verbände und auch Parteien. Man hat sein Glück eher innerhalb von grösseren Institutionen gesucht. Heute wird mithilfe der sozialen Netzwerke viel rascher zur Eigeninitiative gegriffen, und es werden oftmals Vereine gegründet, die sich auf ein einzelnes Thema fokussieren. Zur politischen Durchsetzung hat dies durchaus auch seine Vorteile, solange damit nicht der Zusammenhalt in der Gesellschaft insgesamt beeinträchtigt wird.

Staatsfeiertag
2023

«MEINER ANSICHT NACH HAT SICH DER LANDTAG ANFANGS ETWAS SCHWERGETAN.»

Liegt es vielleicht auch daran, dass zu keinem Thema ein wirklicher politischer Diskurs stattfindet? Weder im Landtag noch ausserhalb finden auf politischer Ebene echte inhaltliche Debatten statt. Während um uns herum in allen Ländern Positionen – etwa zum Thema Klimawandel – diskutiert werden, ist es bei uns still. Nicht einmal Nicht-Regierungsorganisationen wie etwa die Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz melden sich zu Wort.
Ich habe schon den Eindruck, dass bei uns Themen wie der Klimawandel diskutiert werden. Vielleicht werden aber Debatten teilweise inhaltlich weniger tiefgehend als auch noch vor einigen Jahren geführt. Unter anderem dürfte auch die geänderte Medienlandschaft mit ihrem Fokus auf schnelle, Emotionen bedienende Schlagzeilen dafür verantwortlich sein. Dies zwingt in Folge die Politik, immer schneller und oberflächlicher Stellung zu beziehen, ohne dass zuvor echte inhaltliche Debatten stattgefunden haben.

Die Legislaturperiode hat die Halbzeit bereits überschritten. Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der Regierung und wo hätten Sie sich mehr erwartet?
Die Regierung konnte bereits etliche Elemente des Regierungsprogramms umsetzen und einiges ist in der Umsetzungsvorbereitung. Ich würde mir aber wünschen, dass wir insbesondere bei der Altersstrategie, der Energieversorgung und der Mobilität in dieser Legislaturperiode noch weitere Fortschritte machen.

Und wie fällt Ihre Beurteilung der bisherigen Arbeit des Landtags aus?
Meiner Ansicht nach hat sich der Landtag anfangs etwas schwergetan. Dies hat wahrscheinlich auch damit zu tun, dass viele erfahrene Mitglieder ausgeschieden sind und die neuen Mitglieder zum Teil erst genügend Erfahrungen sammeln mussten.

Staatsfeiertag
2023

Zurück zu den neu gegründeten Organisationen. Sie haben Ende Mai Vertreter des Vereins IA auf Schloss Vaduz empfangen. Der Verein setzt sich für eine Aufarbeitung der Coronapandemie und der gesellschaftlichen Folgen ein. Der Verein sieht Sie als Mitkämpfer für diese Sache, da Sie erklärt hätten, dass Sie sich für «geeignete Massnahmen zur gesellschaftlichen Versöhnung» einsetzen würden. Ist diese Interpretation richtig?

Ich habe zu verschiedenen Aspekten der Coronapandemie andere Ansichten als wichtige Vertreter des Vereins Initiative A. Daher würde ich mich nicht als Mitkämpfer des Vereins sehen. Ich teile aber die Meinung des Vereins, dass die Coronapandemie gut aufgearbeitet werden sollte und wir uns auch über geeignete Massnahmen zur gesellschaftlichen Versöhnung Gedanken machen sollten. Geeignete Massnahmen sehe ich vor allem auch darin, offen zu kommunizieren, was man aus heutiger Sicht anders machen würde und wo Kritiker der Massnahmen zum Teil auch recht hatten.

Während der Pandemie sind Sie auch öffentlich mit mahnenden Worten aufgetreten und haben die Menschen zur Vorsicht sowie zum Impfen aufgefordert. Sind Sie wie der Verein IA rückblickend der Ansicht, dass Covid-19 nie eine ernsthafte Bedrohung war, die Massnahmen mehr geschadet als genutzt haben, die Impfung gefährlich ist und die Bevölkerung bewusst getäuscht wurde? Und wenn ja, welche Konsequenzen müssen daraus gezogen werden?

Nein. Ich bin nicht dieser Ansicht. Zum Beispiel wurde bei der Impfung klar kommuniziert, dass diese in gewissen Situationen gefährlich ist, und mir ist auch nichts bekannt, wonach bei uns die Bevölkerung bewusst getäuscht worden wäre. Aber aus heutiger Sicht würde man sicher einiges anders machen. So wird zum Beispiel in Expertenkreisen vermehrt diskutiert, ob eine Impfung der jungen Bevölkerung wirklich sinnvoll war oder insgesamt doch mehr geschadet als genutzt hat. Auch würde man heute wahrscheinlich nicht mehr die Schulen schliessen.

Mit Move-li hat sich zudem auch ein neuer Mobilitätsverein gegründet. Er will Sprachrohr für jenen Teil der Bevölkerung sein, der sich «nicht gehört fühlt». Werden die verschiedenen Verkehrsmittel – und damit auch Teile der Bevölkerung – gegeneinander ausgespielt? Und wie sollte man Ihrer Ansicht nach an die Lösung der Verkehrsprobleme herangehen?
Die Verkehrsprobleme beschäftigen uns nun schon sehr viele Jahre und der Stein der Weisen ist noch nicht gefunden. Ich denke, für eine erfolgreiche Lösung benötigt es ein gut durchdachtes Konzept, das gleichzeitig aber doch ein Kompromiss ist, in der die verschiedenen Gruppierungen ihre wichtigsten Anliegen berücksichtigt sehen.

Staatsfeiertag
2023

«WIR SOLLTEN EINE WEISE BALANCE WÄHLEN ZWISCHEN ENTSCHLOSSENER WEITERENTWICKLUNG UND STABILITÄT.»

Zurück zum Einstiegsthema: Bei welchem Projekt würden Sie sich wünschen, dass es im Unterland umgesetzt wird?
Die Unterländer Gemeinden arbeiten schon länger zusammen mit der Gemeinde Schaan an einem Entwicklungskonzept. Es wäre schön, wenn in nächster Zeit einiges davon umgesetzt werden könnte.

Worauf sollten die Einwohnerinnen und Einwohner im Oberland nicht länger warten müssen?
Für einen Teil der Einwohnerinnen und Einwohner im Oberland würde der Industriezubringer nach Triesen eine grosse Erleichterung bringen. Darauf sollten sie nicht mehr länger warten müssen.

In zwei Tagen feiern wir den Staatsfeiertag. Welche Botschaft möchten Sie uns allen in diesem Jahr mit auf den Weg geben?
In den nächsten Monaten stehen wir vor einigen wichtigen Entscheidungen bezüglich der Volkswahl der Regierung, der Zukunft unserer Energieversorgung und der liechtensteinischen Medienlandschaft. Bei diesen Entscheidungen sollten wir eine weise Balance wählen zwischen einerseits entschlossener Weiterentwicklung, wo dies für unsere Zukunft wirklich wichtig ist, und andererseits Stabilität, wo dies gerade in diesen unsicheren Zeiten ebenfalls wichtig wäre.

Staatsfeiertag
2023